

Was machen wir mit der Umwelt?

Ökologie und Soziales am Beispiel der Energiearmut

10. Armutskonferenz – 25. FEBRUAR 2015 (FORUM 3.5)

Dem Forum „Was machen wir mit der Umwelt? - Ökologie und Soziales am Beispiel der Energiearmut“ standen nur zwei Stunden zur Verfügung, um dieses relativ neue Thema zu behandeln.

Das Wort „Energiearmut“ existiert im deutschen Sprachraum seit 1998, in den Fokus gerückt ist der Begriff aber erst in den letzten Jahren. Per Definition verstehen wir unter Energiearmut die Tatsache, dass Betroffene mehr als 10% ihres Haushaltseinkommens für Energiekosten aufwenden müssen. Gemessen an der bedarfsorientierten Mindestsicherung in Österreich von € 828,- entspricht das rund € 83,- im Monat für Heizung, warmes Wasser, Kochen, Beleuchtung und den Betrieb von Elektrogeräten wie Kühlschrank oder Fernseher.

Anja Christanell, Sozialwissenschaftlerin am Österreichischen Institut für nachhaltige Entwicklung in Wien präsentierte eine brandneue Studie, die nachweist, dass armutsbetroffene Menschen trotz widrigster Bedingungen (alte „stromfressende“ Geräte, feuchte, schlecht isolierte Wohnungen etc.) in der Relation viel weniger Energie verbrauchen, als durchschnittliche Haushalte in Österreich. Das verwundert nicht, denn sie sparen in erster Linie bei Heizung und Warmwasser, besitzen wenige Elektrogeräte. Weiteres Einsparungspotential gibt es nicht, in ihren Wohnungen ist es bereits kalt und finster.

Angela Vaverka, Sozialarbeiterin an der Ombudsstelle der Wien Energie GmbH zeigte die Möglichkeiten der Ombudsstelle auf, die in den letzten vier Jahren 500 Haushalten tatkräftig helfen konnte. Beispielsweise durch Nachlässe bei ausstehenden Rechnungen, Stundungen, Ratenzahlungen oder auch durch Beratung und Unterstützung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnbedingungen. Zahlreiche Abschaltungen wurden so verhindert, nur in 37 Fällen konnte keine Lösung gefunden werden.

In der anschließenden Diskussion stellten einige TeilnehmerInnen allerdings kritisch fest, dass es dieses Angebot nur bei Wien Energie gibt, nicht aber in den Bundesländern und bei Anbietern alternativer „grüner“ Energie. Eine Vertreterin der Caritas gab auch zu bedenken, dass Sanierungen häufig über Fördermittel der öffentlichen Hand sozialisiert werden, anschließend aber höhere Mieten verlangt werden, also Profit lukriert und privatisiert wird.

Ulrich Brand, Politikwissenschaftler, Universität Wien, blickte in seinem extrem interessanten Vortrag über den Tellerrand Österreichs auf die globale Situation.

Er referierte über die Energiewende (die Abkehr von der Ausbeutung limitierter fossiler Brennstoffe, hin zu erneuerbarer Energie unter drastischer Reduktion der CO₂-Emissionen) die vor allem in Dänemark erfolgreich umgesetzt wird, aber zunehmend auch in China, das sich innerhalb weniger Jahre zum weltgrößten Produzenten von Windkraftanlagen entwickelt hat und in deren Einsatz ebenso führend ist.

In Deutschland will man ebenfalls durch den Umbau von Produktions- und Lebensweise sicherstellen, dass die Bevölkerung in Zukunft nicht gefährdet wird oder zu Schaden kommt.

Hier steht aber noch ein mühsamer Weg bevor. Es gilt, die Braunkohlereviere zu schließen, die bis dato einen wichtigen Faktor in Deutschlands Wirtschaft darstellen und zahlreiche Atomkraftwerke stillzulegen, dazu Belastungen für Arbeitnehmer zu minimieren und zusätzliche Abgaben, wie die Ökostromabgabe, für Privathaushalte zu vermeiden. Eine enorme Herausforderung, der sich die Regierenden stellen müssen.

Darüber hinaus brachte Brand den TeilnehmerInnen den Begriff der Energiedemokratie näher, der ebenso wie jener der Energiearmut kein gängiges Thema in den Medien ist. Sie sieht die Gerechtigkeit als Basis der Energieverteilung, die keine bestimmte Menschengruppe systematisch vom Energiebezug ausschließt. Commons, in diesem Fall die Demokratisierung der Produktionsmittel, sind eine zukunftsweisende Idee.

Brands Vortrag machte klar, dass die Energiepolitik nicht nur ökologische und wirtschaftliche sondern auch soziale Probleme lösen muss. Die Verteilung von Vermögen und Macht entscheidet letztlich über den Aufbau der Infrastruktur.

Nicht zuletzt durften auch VertreterInnen der Armutsbetroffenen ihren Standpunkt darlegen. Dabei ging es um konkrete Situationen und den täglichen Kampf ums Überleben. Hier drängt sich der Aspekt auf, dass Energiearmut nur dort entstehen kann, wo auch Wohnraum vorhanden ist. Wer sich keine Miete leisten kann, braucht über Stromrechnungen nicht nachzudenken.

Vor allem in städtischen Ballungsräumen ist es vorrangig die Preissituation am Immobilienmarkt, die Menschen mit geringem Einkommen an ihre Grenzen bringt. Wer tatsächlich glaubt, in Wien gebe es menschenwürdige Wohnungen für maximal € 207,- monatlich (25% von € 828,- BMS), den muss man leider auf den harten Boden der Tatsachen holen. Armutsbetroffene akzeptieren oft rechtswidrige Verträge und gesundheitsschädliche Wohnbedingungen, letztlich bleiben ihnen trotzdem zu wenig finanzielle Mittel für gesunde Ernährung, medizinische Versorgung, Energiekosten und die Teilnahme am öffentlichen Leben.

Es ist bedauerlich, für Betroffene oft schmerzhaft, dass die Politiker in einem wohlhabenden Land wie Österreich Armut in diesem Ausmaß als unvermeidbar hinnehmen, ja europaweit ganz bewusst unzureichende Gegenmaßnahmen getroffen werden, wie die Beispiele Großbritannien und Griechenland erschreckend deutlich zeigen. Auch hierzulande haben die Entscheidungsträger Heizkostenzuschüsse gestrichen und Sozialtarife für den Energiebezug abgelehnt - im Interesse der Budgetkonsolidierung, zulasten der Ärmsten. Politik sollte nicht nur für die Wirtschaft, die Finanzen und internationale Beziehungen gemacht werden, sondern zuerst und vor allem für Menschen.